



[www.oedp-wuerzburg.de](http://www.oedp-wuerzburg.de)

ÖDP KV Würzburg, R.Binder, Sterenstr. 9, 97074 Würzburg

**Geschäftsstelle des Würzburger Flüchtlingsrates:**

Jürgen Heß  
Augustinerkloster  
Dominikanerplatz 2  
97070 Würzburg

Würzburg, im August 2017

Sehr geehrter Herr Heß,  
sehr geehrte Damen und Herren,

meine Positionen zu den angefragten Wahlprüfsteinen Flüchtlings-, Asyl-, und Integrationspolitik fasse ich wie folgt zusammen:

**Flüchtlingspolitik**

Eine wirkungsvolle Flüchtlingspolitik muss an der Wurzel ansetzen, also zur Beseitigung der vielfältigen und historisch differenziert zu sehenden Fluchtgründe beitragen.

Unter dem Eindruck des 2. Weltkriegs wurden in der Genfer Konvention und in der Menschenrechtskonvention folgende Asylgründe festgelegt, die international anerkannt sind und auch in der Bundesrepublik gelten: Anspruch haben also politisch Verfolgte, Menschen, deren Leib und Leben oder Freiheit wegen ihrer ethnischen Zugehörigkeit, Religion, Volks- oder Staatsangehörigkeit, ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe, ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung oder wegen ihrer politischen Überzeugung bedroht sind.

Durch die aktuellen globalen Entwicklungen erscheint uns dieser Ansatz bei Weitem nicht mehr ausreichend: Die Militarisierung, die in den letzten Jahren wieder zunimmt, die steigende Häufigkeit von Terror und Kriegen verschiedener Ausprägungen führen zur Destabilisierung von Staaten bis hin zu ihrem Zusammenbruch und zu zahlreichen Opfern in der Zivilbevölkerung. Weltweit werden jährlich etwa 2.000 Milliarden US-Dollar in Rüstung und in Militär investiert, aber nur etwa 10% dieser Summe in Entwicklungspolitik, Friedensarbeit, Kriegsverhütung und Staatsaufbau.

Klimaveränderungen lassen die Zahl der sogenannten Armuts- oder Klimageflüchteten drastisch anwachsen. Durch unseren Lebensstil im industrialisierten Westen, der die endlichen Ressourcen der Erde verbraucht, sind wir zutiefst in die Gesamtproblematik verwickelt.

Wir brauchen eine Abkehr von diesen ungerechten Verhältnissen und eine Hinwendung zu einer Welt in Balance. Wir brauchen einen Umbau des globalen Wirtschaftssystems, angemessene Schritte zur Umverteilung, eine Ökologisierung aller Lebensbereiche (Umwelt, Wirtschaft, Kultur, Alltag), eine generationen- übergreifende Gerechtigkeit und das Prinzip des Gemeinwohls.

Das ÖDP-Konzept: • Die 5 Kernziele der Global Marshall Plan Initiative müssen konsequent umgesetzt werden:

- Die globalen Entwicklungsziele (SDGs) weiterentwickeln und umsetzen.
- Das 0,7%-Ziel bei der Entwicklungshilfe verwirklichen.
- Faire Besteuerung globaler Wertschöpfungsprozesse, insbesondere im Finanzsektor.
- Faire globale Partnerschaft und wirksame Mittelverwendung - basisorientiert und transparent.
- Eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft. • Wirtschaftliches Handeln, ob in Deutschland, der EU oder global darf Menschen nicht ausbeuten oder deren Lebensgrundlagen zerstören. Wirtschaft und (Welt)Handel müssen fair geregelt sein: Vorrang der Menschenrechte vor Handelsrechten, Freihandelsverträgen oder Investitionsabkommen, keine Spekulationen auf Nahrungsmittel, kein Ausverkauf großer Landflächen an ausländische Investoren (Land-Grabbing). Wirtschaft und (Welt)Handel sind umwelt- und klimafreundlich sowie ressourcenschonend zu gestalten. Die Forderungen des Weltklimagipfels von Paris 2015 sind konsequent umzusetzen. • Deutschland und die EU müssen die Zivilgesellschaften in den Herkunftsländern stärken. Bildungsmaßnahmen sind zu fördern und Korruption zu bekämpfen. • Armut ist durch Entschuldung sowie durch echte Entwicklungspartnerschaften ohne Schwerpunkt auf der eigenen Exportwirtschaft zu bekämpfen. Diese Partnerschaften müssen zuvörderst Hilfe zur Selbsthilfe sein. Entwicklungspartnerschaften müssen an rechtsstaatliche Regierungsführung geknüpft werden. • Mit Waffen kann man keine Demokratie aufbauen. Die NATO soll auf ein reines Verteidigungsbündnis zurückgeführt werden

### **Asylpolitik**

Aufgrund unserer Mitverantwortung für Fluchtursachen sind die Gewährung von Asyl und die Umsetzung der Genfer Flüchtlingskonvention ein unverzichtbarer Akt der Menschlichkeit. Gleichzeitig müssen in Deutschland konkrete Schritte (wie z.B. die Einsetzung einer EnqueteKommission „Fluchtursachen“) sicherstellen, dass entschlossen an der Vermeidung und Beseitigung der Ursachen gearbeitet wird. Wir erkennen und respektieren, dass es Grenzen gibt bei den für eine gute Integration erforderlichen Ressourcen, z.B. Wohnraum oder Lehrkräfte. Wir sehen jedoch bei den Geflüchteten vorrangig das menschliche Schicksal und ihre Not. Abschottung nach dem Motto „Festung Europa“ lehnen wir ab. Das Festlegen von Obergrenzen halten wir für problematisch und unmenschlich. Die Aufnahme von Schutz suchenden Menschen für eine bestimmte oder unbestimmte Zeit ist ein Akt von Solidarität und Menschlichkeit.

Das ÖDP-Konzept:

- In einem Europa ohne Grenzen halten wir es für dringend erforderlich, auch das Asylrecht europäisch zu gestalten.
- Wir lehnen eine Asylpolitik ab, die sich als Flüchtlingsabwehr versteht. Es ist daran zu arbeiten, dass Geflüchtete in allen europäischen Staaten nach Menschenrechts-Standards aufgenommen und behandelt werden. Die Dublin-Verträge gehören auf den Prüfstand: An die Stelle der „Drittstaatenregelung“ soll eine Verteilung der Geflüchteten auf die EUMitgliedsländer treten, die auch die Interessen der Betroffenen berücksichtigt, z.B. die Zusammenführung von Familien. Maßstab der Verteilung oder des finanziellen Ausgleichs soll die Einwohnerzahl der einzelnen Länder sowie ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sein.
- Die internationalen Flüchtlingshilfswerke, z.B. das UNHCR, sind großzügig mit finanziellen Mitteln zu auszustatten.
- Die Resettlement-Programme sind deutlich auszuweiten, um Kontingente von Geflüchteten nach humanitären Kriterien auszuwählen, die dann geordnet und sicher einreisen können. Zu diesem Zweck können EU-Aufnahmezentren auch außerhalb der Grenzen Europas eingerichtet werden.
- Die Erstankunftsländer sind finanziell und personell zu unterstützen und zu entlasten. Über die reine Nothilfe hinaus müssen auch dort Integrations-Schritte ermöglicht werden (Schulbesuch, Gesundheitsversorgung), wie es den Menschenrechten entspricht.
- Für alle innerhalb der EU betriebenen Unterkünfte für Geflüchtete müssen die geltenden Mindeststandards umgesetzt werden.
- Eine dezentrale Unterbringung von Geflüchteten ist anzustreben. Insbesondere Familien sollen vorrangig in Wohnungen bzw. in abgeschlossenen Wohneinheiten innerhalb der Gemeinschaftsunterkünfte untergebracht werden, Schutz für Frauen und Kinder muss gewährleistet sein.

- Die Auszahlung von Unterhalt in Form von Sachleistungen und Gutscheinen unterstellt Missbrauch und nimmt den Menschen ihre Würde und Selbständigkeit. Die Unterstützung soll in Form von Geld erfolgen.
- Asylbewerbern sind Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabegesetz zu gewähren. An diesen sollen auch Kinder von Asylbewerbern sowie unbegleitete minderjährige Geflüchtete Anteil haben.
- Die medizinische Versorgung von Asylbewerbern soll bundesweit mittels einer Gesundheitskarte erfolgen.
- Traumatisierte Geflüchtete sind mit psychologischer Hilfe zu unterstützen. Der Bedarf dazu ist frühzeitig durch die Aufnahmebehörden festzustellen. Die behandelnden Einrichtungen sind mit ausreichenden Finanzmitteln auszustatten.
- Geduldeten Geflüchteten und ihren Kindern, die sich nachweislich gut integriert haben und eine Ausbildungsstelle oder einen Arbeitsplatz nachweisen können, ist ein Bleiberecht zu erteilen.
- Bei der Entscheidung, Menschen abzuschicken, muss sorgfältiger geprüft werden, welche Gefahren den Menschen drohen könnten. Der Zusammenhalt von Familien muss erhalten bleiben. Eine Selektion nach Nutzbarkeit in unserem eigenen Land ist kein humanitär akzeptables Kriterium.
- Asylverfahren müssen zügig, fair und transparent abgewickelt werden. Für sie muss derselbe Instanzenweg gelten wie für andere Gerichtsverfahren.
- Wir lehnen es ab, Staaten als „sichere Drittstaaten“ oder „sichere Herkunftsstaaten“ zu definieren, wenn dort nachgewiesenermaßen z.B. aus politischen, religiösen oder ethnischen Gründen Verfolgung droht. Deshalb kann derzeit nicht nach Afghanistan abgeschoben werden. Dieser Schutz gilt nicht für nachweisliche Terrorunterstützer.
- Schnellverfahren, insbesondere über gesonderte Zentren mit verminderten Hilfsmöglichkeiten sowie Abschiebehaft, sind aus humanitären und verfassungsrechtlichen Gründen ebenfalls abzulehnen.
- Die vielfältigen Probleme von illegalen Einwanderern z.B. bei der medizinischen Versorgung, der Schulbildung und beim Schutz gegenüber ausbeuterischen Arbeitgebern, machen es dringend nötig, auch für die unregelmäßige Zuwanderung nach Lösungen zu suchen. Es ist eine Möglichkeit zu finden, diese in einen legalen Status zu überführen.
- Durch Gemeinwohlbeiträge, z.B. eine Finanztransaktionssteuer, sind die erforderlichen Mittel für alle Maßnahmen zu gewinnen.

### **Integrationspolitik**

Seit Ende des 2. Weltkriegs wurde Deutschland zunehmend zum Einwanderungsland. Nur ein weltoffenes Land ist als Lebens-, Wirtschafts- und Forschungsstandort attraktiv. Aus Deutschland sind immer wieder Menschen ausgewandert. Es hat zu allen Zeiten beide Bewegungen gegeben: Zuwanderung und Auswanderung. Die Integration unterschiedlicher Kulturen und Religionen kann gelingen, wenn sie als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden und von vielen mitgetragen wird. Es muss darauf geachtet werden, dass es zu keiner Bevorzugung von Migranten gegenüber einheimischen sozial benachteiligten Bürgerinnen und Bürgern in allen Bereichen (Arbeit, Wohnung etc.) kommt. Ein menschlicher und solidarischer Umgang mit allen hilfsbedürftigen Menschen ist unser Ziel. Fehlende Sprachkenntnisse, andere Kulturen und Religionen, Bildung von Parallelgesellschaften und anderes mehr stellen für ankommende Menschen wie auch für die alteingesessene Bevölkerung eine gewaltige Herausforderung dar. Zuwanderung hat zu allen Zeiten Angst vor „Überfremdung“ ausgelöst, die zu sozialen Spannungen und Feindseligkeiten führen kann. Ausländerfeindlichkeit und Rassismus treten wir entschieden entgegen. Auf das Schärfste verurteilen wir Gewaltangriffe jeglicher Art gegen Schutzsuchende, darunter traumatisierte Menschen, viele Kinder und Jugendliche. Nur ein friedliches Zusammenleben aller Gruppen der Gesellschaft kann ein gutes Leben für alle möglich machen.

Das ÖDP-Konzept:

- Die Teilnahme an Integrationskursen, vor allem an Sprachkursen ist für alle verpflichtend. Diese müssen ausreichend und in guter Qualität angeboten werden. Bei Verstoß gegen die Teilnahmepflicht sind Leistungen zu kürzen. Vorhandene Kompetenzen der Angekommenen müssen frühzeitig geprüft und genutzt werden.
- Der Mindestlohn gilt wie alle anderen Standards der Erwerbstätigkeit uneingeschränkt auch für die Geflüchteten.
- Für Asylbewerber und Menschen mit Duldung sind schnelle Möglichkeiten zum Einstieg in Arbeit zu schaffen. Dies fördert und unterstützt Integration.

- Die Gefahr zunehmender Obdachlosigkeit nehmen wir sehr ernst. Wohnraumbeschaffungsprogramme sind unter Beachtung ökologischer Gesichtspunkte umzusetzen (üblicher Energiestandard, verträgliche, flächensparende Verdichtung). Ghettobildung ist zu vermeiden. Großzügig geförderter sozialer Wohnungsbau muss allen Bedürftigen zugutekommen.
- Durch die verschiedenen Religionen und Kulturen entstehen Spannungen, denen wechselseitig mit intensiver Aufklärung und Toleranz zu begegnen ist. Dabei sind die bei uns geltenden Rechtsnormen einzuhalten. Die Gleichberechtigung der Geschlechter ist zu respektieren. Gesetzesverstöße führen zur Bestrafung, unter Umständen zu Leistungskürzungen oder sogar zur Ausweisung.
- Unbegleitete minderjährige Geflüchtete sollen verstärkt in geeignete Pflegefamilien vermittelt werden.
- Bürokratische Hürden sind abzubauen. Private und ehrenamtliche Initiativen müssen gestärkt und ausreichend honoriert und anerkannt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Raimund Binder  
ÖDP Bundestags-Direktkandidat Würzburg  
ÖDP Fraktionsvorsitzender im Stadtrat